

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Drs. 15/3947

zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und des Heilberufekammergesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Dr. Thomas Zimmermann**
Mitberichterstellerin: **Kathrin Sonnenholzner**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten haben den Gesetzentwurf mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 41. Sitzung am 27. Oktober 2005 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur hat den Gesetzentwurf in seiner 40. Sitzung am 23. November 2005 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 91. Sitzung am 23. November 2005 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: 12 Zustimmung, 1 Enthaltung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf in seiner 44. Sitzung am 24. November 2005 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
6. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Gesetzentwurf in seiner 32. Sitzung am 06. Dezember 2005 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: 11 Zustimmung, 1 Enthaltung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
7. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 42. Sitzung am 08. Dezember 2005 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:
 1. in § 1 werden in der Einleitung die Worte „zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 25. Oktober 2004 (GVBl S. 398) ber. S. 589), wird wie folgt geändert:“ – durch die Worte „zuletzt geändert durch Art. 18 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287) wird wie folgt geändert:“
 2. in § 3 Abs. 2 wird als Datum des Inkrafttretens der „1. Januar 2006“ eingefügt.

Joachim Wahnschaffe
Vorsitzender